

Arnold, Felix; Kauder, Björn; Potrafke, Niklas

**Article**

## Beeinträchtigen Nebeneinkünfte die politischen Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten?

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Arnold, Felix; Kauder, Björn; Potrafke, Niklas (2014) : Beeinträchtigen Nebeneinkünfte die politischen Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 18, pp. 34-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165485>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Beeinträchtigen Nebeneinkünfte die politischen Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten?

34

Felix Arnold, Björn Kauder und Niklas Potrafke

Im Juli 2007 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Bundestagsabgeordnete Informationen zu ihren Nebentätigkeiten veröffentlichen müssen. In einer neuen Studie wurde untersucht, ob Nebeneinkünfte die politische Tätigkeit von Bundestagsabgeordneten beeinträchtigen. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit in namentlichen Abstimmungen und der Zahl der Reden im Parlament korrelieren. Es gibt jedoch eine negative Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen. Die Ergebnisse einer Studie zu Italien können nicht bestätigt werden. Dies mag daran liegen, dass sich die Parteidisziplin, Institutionen und die politische Kultur in Deutschland und Italien unterscheiden.

Politiker können nicht nur vor oder nach ihrer politischen Karriere, sondern auch während der Ausübung eines politischen Mandats Tätigkeiten in der Privatwirtschaft nachgehen (Nebentätigkeiten). Beispielsweise können Bundestagsabgeordnete ihre geschäftlichen Aktivitäten, die sie vor Beginn ihrer Bundestagstätigkeit aufgenommen haben, fortführen. Ebenso können Politiker ihre Prominenz und ihre Netzwerke nutzen, um mit dem Halten von Reden Geld zu verdienen. Politiker müssen ihr Zeitbudget auf ihre politischen Verpflichtungen und auf ihre Nebentätigkeiten aufteilen. Insofern könnten Abgeordnete durch Nebentätigkeiten ihren politischen Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfang nachkommen. Zu diesen Verpflichtungen zählen u.a. die Teilnahme an Sitzungen des Bundestags oder von Ausschüssen, das Halten von Reden im Parlament oder auch Bürgersprechstunden.

Nebentätigkeiten und die Aktivität im Bundestag waren ein viel diskutiertes Thema im Bundestagswahlkampf 2013. Peer Steinbrück (SPD) hatte beträchtliche Nebeneinkünfte durch das Halten von Reden auf Firmenveranstaltungen erzielt, so dass Beobachter mutmaßten, dass solche Nebentätigkeiten die Arbeit im Parlament beeinträchtigen könnten.

Im Jahr 2007 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Bundestagsabgeordnete Angaben über ihre Nebentätigkeiten veröffentlichen müssen. In einer neuen Studie haben wir deshalb untersucht, ob Nebeneinkünfte mit höherer Abwesenheit und niedrigerer Aktivität von Bundestagsabgeordneten in der vergangenen Legislaturperiode (2009–2013) einhergingen (vgl. Arnold, Kauder und Potrafke 2014).

## Verwandte Studien

Es steht zu erwarten, dass Nebentätigkeiten von Abgeordneten deren Anwesenheit und Aktivität im Parlament beeinflussen: Wenn Abgeordnete einer Nebentätigkeit nachgehen, haben sie weniger Zeit, sich parlamentarischen Aufgaben zu widmen (vgl. zu Nebentätigkeiten von Politikern Geys und Mause 2013). Für Italien wurde gezeigt, dass hohe Nebeneinkünfte mit Abwesenheit im Parlament einhergehen. Bürger mit guten Verdienstmöglichkeiten treten jedoch mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Wahl an, wenn sie Nebeneinkünfte erzielen dürfen (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010). Daher mag das Erlauben von Nebentätigkeiten beeinflussen, wer für ein politisches Amt kandidiert.

Insbesondere zwei Aspekte dürften die Qualität von Politikern beeinflussen: Unterschiede in den Opportunitätskosten dürften weniger talentierte Kandidaten mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Wahl antreten lassen als talentierte Kandidaten (Selektionseffekt); zudem dürften höhere Gehälter Politiker zu höherer Leistung anregen (vgl. Besley 2004; Caselli und Morelli 2004; Messner und Polborn 2004). In Italien haben höhere Entlohnungen besser gebildete Kandidaten hervorgebracht (vgl. Gagliarducci und Nannicini 2013). In Finnland haben höhere Entlohnungen die Qualität von weiblichen Kandidaten, nicht jedoch von männlichen Kandidaten erhöht (vgl. Kotakorpi und Poutvaara 2011).

Wissenschaftler untersuchen, welche Faktoren die Anwesenheit und Aktivität von Abgeordneten beeinflussen. Für Italien wurde für Abgeordnete ohne politi-

sche Erfahrung vor ihrem Eintritt ins Parlament gezeigt, dass sie Abstimmungen mit steigenden Nebenverdienstmöglichkeiten weniger häufig beiwohnen. Für Abgeordnete mit politischer Erfahrung vor dem Eintritt ins Parlament wurde ein solcher Zusammenhang nicht gefunden (vgl. Fedele und Naticchioni 2013). Abgeordnete von Regierungsparteien waren weniger häufig abwesend als Abgeordnete der Oppositionsparteien (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010; Galasso und Nannicini 2011). Über eine Mehrheitswahl ins Parlament gewählte Abgeordnete waren weniger häufig abwesend als Abgeordnete, die über eine Verhältniswahl gewählt wurden (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2011). Abgeordnete, die ihr Mandat in umkämpften Wahlkreisen gewonnen haben, fehlten im Parlament weniger häufig, da die Parteien ihre besten Leute in die umkämpften Wahlkreise geschickt hatten (vgl. Galasso und Nannicini 2011). Auch Bundestagsabgeordnete, die ihr Mandat 2009 in einem umkämpften Wahlkreis gewonnen hatten, fehlten weniger häufig im Parlament (vgl. Bernecker 2014).<sup>1</sup> Im Europäischen Parlament zeigte sich, dass steigende Einkünfte die Abwesenheit erhöhten und die Zahl der Fragen senkten (vgl. Mocan und Altindag 2013). Fisman et al. (2013) fanden hingegen nicht heraus, dass Einkünfte die Anwesenheit im Europäischen Parlament beeinflussen; der legislative Output (z.B. schriftliche Stellungnahmen) erhöhte sich hingegen, wenn Abgeordnete parlamentarischen Sitzungen häufiger beiwohnten. Es bleibt eine empirische Frage, inwieweit Nebeneinkünfte mit der Anwesenheit und Aktivität im Parlament korrelieren.

## Institutioneller Hintergrund

### *Abwesenheit bei namentlichen Abstimmungen und die Aktivität im Bundestag*

Es gibt zahlreiche Abstimmungsverfahren im Bundestag. Wir betrachten die namentlichen Abstimmungen, da sie Rückschlüsse auf das Abstimmungsverhalten eines jeden Abgeordneten zulassen. Zwischen dem Beginn der Legislaturperiode 2009 und deren Ende 2013 fanden 218 namentliche Abstimmungen statt. Wir nutzen daher die Abwesenheitsquote bei namentlichen Abstimmungen für jeden Abgeordneten in jedem Jahr der Legislaturperiode.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Deutsche Abgeordnete, die ihr Mandat 2005 in einem umkämpften Wahlkreis gewonnen hatten, hatten niedrigere Nebeneinkünfte (vgl. Becker, Peichl und Rincke 2009). Weibliche Abgeordnete hatten weniger Nebentätigkeiten, insbesondere im Privatsektor (vgl. Geys und Mause 2014). Attraktive weibliche Abgeordnete hatten jedoch mehr Nebentätigkeiten (vgl. Geys 2014). Abgeordnete von CDU/CSU und FDP hatten mehr Nebentätigkeiten als Abgeordnete von linken Parteien (vgl. Mause 2009).

<sup>2</sup> Der Bundestag veröffentlicht auch Informationen zu entschuldigtem Abwesenheiten von Abgeordneten. Abgeordnete können sich jedoch ohne Grund entschuldigen. Wir können daher nicht zwischen Abwesenheiten mit und ohne guten Grund unterscheiden und berücksichtigen in der empirischen Analyse daher nicht den Unterschied zwischen entschuldigtem und unentschuldigtem Abwesenheiten.

Des Weiteren verwenden wir vier Maße für die Aktivität im Parlament.<sup>3</sup> Das erste Maß sind Reden (sowohl tatsächlich gehaltene Reden als auch zu Protokoll gegebene Reden). Abgeordnete legen die Zahl ihrer Reden gemeinsam mit ihren Fraktionen, insbesondere der Fraktionsführung, fest. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Wille eines Abgeordneten, eine Rede zu halten, hoch korreliert ist mit der tatsächlich gehaltenen Zahl an Reden. Da Abgeordnete ihre Reden alternativ auch zu Protokoll geben können, berücksichtigen wir auch diese Reden.

Als zweites Maß nutzen wir Wortbeiträge. Dies schließt Zwischenfragen, Erklärungen oder auch Erwidern mit ein. Wortbeiträge beschreiben alle Arten mündlicher Aktivitäten in Plenarsitzungen mit Ausnahme der vorformulierten Reden. Wir gehen davon aus, dass Wortbeiträge den Einsatz eines Abgeordneten messen. Im Gegensatz zu Reden werden Wortbeiträge spontan während Debatten eingebracht und lassen sich somit nur schwer durch Mitarbeiter vorbereiten.

Als drittes Maß nutzen wir die Zahl der kleinen und großen Anfragen. Abgeordnete reichen Anfragen in schriftlicher Form ein. Sie dienen dem Zweck, Informationen von der Regierung zu erhalten. Das vierte Maß ist die Zahl der Gruppeninitiativen, wie bspw. Gesetzentwürfe, verschiedene Anträge und Berichterstattungen. Der individuelle Arbeitseinsatz eines Abgeordneten an einer Anfrage oder Gruppeninitiative ist schwierig abzubilden, da Abgeordnete häufig gemeinsam Anfragen und – per Definition – Gruppenanträge anfertigen.

Wir sind uns der Einschränkungen der einzelnen Variablen bewusst. Das gleichzeitige Nutzen aller vier Variablen vermag diese Schwierigkeiten jedoch zu lindern und erlaubt somit, Schlussfolgerungen zu ziehen, wie Nebeneinkünfte und die Aktivität von Abgeordneten korrelieren.

### *Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten*

Der Bundestag entschied im August 2005, dass Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Neun Abgeordnete riefen das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überprüfen zu lassen. Der Bundestagspräsident wartete auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, bevor er die Nebeneinkünfte veröffentlichte. Das Bundesverfassungsgericht entschied im Juli 2007, dass die Abgeordneten ihre Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Daher sind Abgeordnete nun verpflichtet, die Quellen und Beträge ihrer Nebeneinkünfte offenzulegen. Tabelle 1 zeigt die acht Kategorien, in die die Abgeordneten ihre Nebentätigkeiten einordnen müssen. Wir untersuchen nur die

<sup>3</sup> Die Daten zur Aktivität der Abgeordneten hat uns freundlicherweise die Wochenzeitung »Die Zeit« zur Verfügung gestellt.

Kategorien 2 bis 5, da nur diese Kategorien einen (Zeit-)Konflikt zwischen Nebeneinkünften und der Anwesenheit bzw. Aktivität im Bundestag hervorrufen. Diese Kategorien beinhalten Einkünfte aus selbständigen und nicht selbständigen Tätigkeiten (wie bspw. Reden), Einkünfte aus Funktionen in Unternehmen (wie bspw. Aufsichtsratsposten), Einkünfte aus Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (wie bspw. Kreisräten oder der Kirche) und Einkünfte aus Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen. Wir berücksichtigen nicht die Einkünfte aus Positionen in der Regierung oder einer Partei, da solche Einkünfte keine »Neben«-Einkünfte im eigentlichen Sinn sind. Die Abgeordneten haben ihre Nebeneinkünfte aus jeder einzelnen Aktivität in einer kodierten Weise als monatliches oder jährliches Einkommen offenzulegen. Einkünfte der Stufe 1 beinhalten Nebeneinkünfte zwischen 1 000 und 3 500 Euro, der Stufe 2 Nebeneinkünfte zwischen 3 500 und 7 000 Euro und der Stufe 3 Nebeneinkünfte über 7 000 Euro. Die Veröffentlichungspflichten gelten auch für unbezahlte Aktivitäten und solche Aktivitäten, die mit weniger als 1 000 Euro entlohnt werden. In unserer empirischen Analyse nutzen wir die Untergrenzen der Einkommenskategorien: Stufe 1 sind Einkünfte von 1 000 Euro, Stufe 2 Einkünfte von 3 500 Euro und Stufe 3 Einkünfte von 7 000 Euro.

Da Nebeneinkünfte nicht messen, wie viel Zeit ein Abgeordneter zum Erzielen dieser Einkünfte investiert hat, dienen sie nur als Annäherung für die investierte Zeit.

**Empirische Analyse**

*Deskriptive Statistiken*

Abbildung 1 zeigt, dass Abgeordnete der SPD, Grünen und Linkspartei in der 17. Legislaturperiode häufiger fehlten als Abgeordnete der CDU/CSU und FDP. Es ist davon auszugehen, dass Abgeordnete der CDU/CSU und FDP weniger Abstimmungen verpassten, da sie Regierungsverantwortung trugen und daher ihre Mehrheit im Parlament sichern mussten (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010; Galasso und Nannicini 2011). Die Abgeordneten von Oppositionsparteien hatten hingegen weniger Anreize, den Abstimmungen beizuwohnen, da sie sowieso keine Mehrheit im Bundestag erreichen konnten.

Abgeordnete kleiner Parteien hielten häufiger Reden. Es ist denkbar, dass Abgeordnete kleiner Parteien mehr Reden hielten, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Da die Redezeiten

**Tab. 1**  
**Abgeordnete müssen ihre Nebentätigkeiten in acht Kategorien offenlegen**

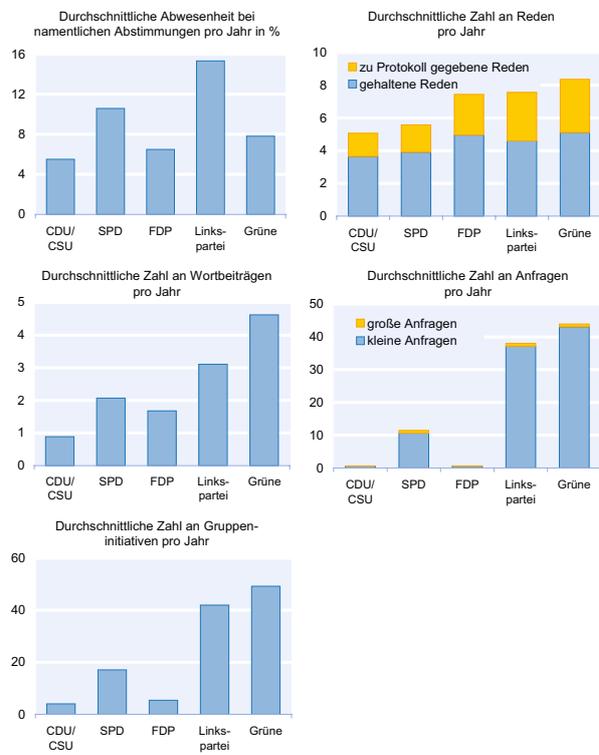
Nr.	Beschreibung	Beispiel
1	Berufliche Tätigkeit vor der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag	Professor
2	Selbständige oder nicht selbständige Tätigkeiten	Rede
3	Funktionen in Unternehmen	Aufsichtsratsposten
4	Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	Kirche
5	Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen	Entwicklungshilfeorganisation
6	Vereinbarungen über künftige Tätigkeiten oder Vermögensvorteile	Übernahme von Studiengebühren
7	Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften	Anwaltskanzlei
8	Spenden	–

Nebeneinkünfte aus selbständigen oder nicht selbständigen Tätigkeiten werden offiziell als »Entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat« bezeichnet.

Quelle: Zusammenstellung der Autoren.

**Abb. 1**

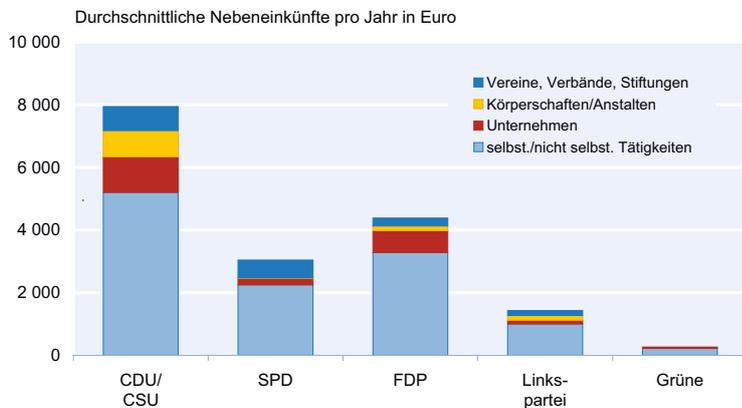
**Die Parteizugehörigkeit ist mit den Aktivitäten korreliert**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

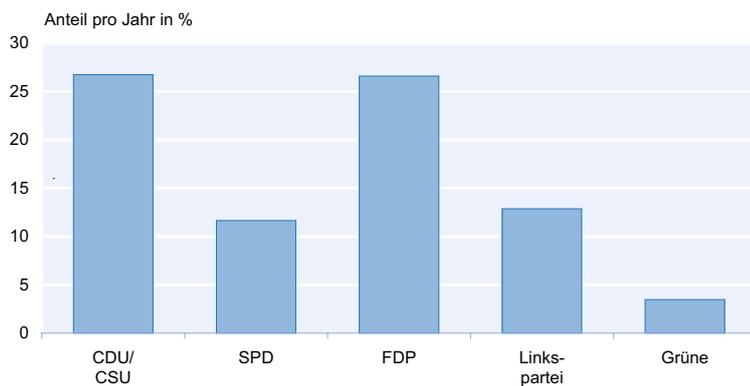
für die einzelnen Fraktionen jedoch proportional zur Größe der Fraktionen festgelegt sind, haben die Abgeordneten der kleinen Parteien mutmaßlich kürzere Reden gehalten. Ab-

**Abb. 2**  
**Konservative und liberale Abgeordnete haben die höchsten Nebeneinkünfte**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 3**  
**Konservative und liberale Abgeordnete haben den höchsten Anteil an Abgeordneten mit Nebeneinkünften**



Quelle: Berechnungen der Autoren.

geordnete linker Parteien steuerten häufiger Wortbeiträge bei. Dieses Muster ist vermutlich in der Oppositionstätigkeit dieser Parteien begründet. Zudem stellten sie häufiger Anfragen und haben mehr Gruppeninitiativen angefertigt.

Abbildung 2 zeigt, dass Nebeneinkünfte bei konservativen und liberalen Abgeordneten deutlich höher lagen als bei linken Abgeordneten. Während CDU/CSU-Abgeordnete im Schnitt mindestens 7 900 Euro pro Jahr hinzuverdienten, lag der Wert bei FDP-Abgeordneten bei 4 400 Euro. Die Werte der Abgeordneten der SPD (3 000 Euro), der Linkspartei (1 400 Euro) und der Grünen (300 Euro) lagen deutlich darunter. Für die Abgeordneten aller Parteien waren die Einkünfte aus »selbständigen und nicht selbständigen Tätigkeiten« (entsprechend der Kategorie 2 in Tab. 1) am bedeutendsten.<sup>4</sup> Auch der Anteil der Abgeordneten mit

<sup>4</sup> Wenn wir nur Abgeordnete mit Nebeneinkünften betrachten, verdienten Abgeordnete von CDU/CSU im Schnitt mindestens 29 700 Euro, der FDP 16 500 Euro, der SPD 26 100 Euro, der Linkspartei 11 100 Euro und der Grünen 7 600 Euro pro Jahr mit den Nebentätigkeiten. Wir haben die Informationen zu den Nebeneinkünften im August 2013 zusammengestellt.

Nebeneinkünften lag bei CDU/CSU und der FDP deutlich über dem Anteil der anderen Parteien (vgl. Abb. 3). Die Korrelationskoeffizienten zeigen, dass, wie erwartet, die Nebeneinkünfte positiv mit der Abwesenheitsquote (Korrelationskoeffizient: 0,07) und negativ mit der Zahl der Reden (- 0,06), Wortbeiträge (- 0,08), Anfragen (- 0,10) und Gruppeninitiativen (- 0,12) korreliert sind.

*Empirisches Vorgehen und Ergebnisse*

Wir haben ein Panelmodell geschätzt, das den Einsatz des Abgeordneten auf die Nebeneinkünfte regressiert. Dabei ist der Einsatz des Abgeordneten alternativ gemessen durch den Anteil der nicht besuchten namentlichen Abstimmungen (Abwesenheit), die Zahl der Reden im Parlament, die Zahl der Wortbeiträge, die Zahl der Anfragen und die Zahl der Gruppeninitiativen. Die Regression schließt fixe Effekte für die Abgeordneten und Kalenderjahre ein.

Das Panel beinhaltet die fünf Kalenderjahre von 2009 (September; Beginn der Legislaturperiode) bis 2013 (September; Ende der Legislaturperiode). Wir haben alle Abgeordneten der 17. Legislaturperiode berücksichtigt, und somit auch ausgeschiedene Abgeordnete und ihre Nachfolger. Unser Datensatz beinhaltet 652 Abgeordnete und 3 131 Beobachtungen.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse. Wenn wir die Abwesenheitsquote als abhängige Variable nutzen, ist der Koeffizient der Nebeneinkünfte positiv, aber nicht statistisch signifikant. Wenn wir die Zahl der Reden als abhängige Variable nutzen, ist der Koeffizient der Nebeneinkünfte negativ, aber ebenfalls nicht statistisch signifikant. Zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge zeigt sich eine negative Korrelation (signifikant zum 10%-Niveau). Die Zahl der Wortbeiträge geht um 0,08 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung (17 140 Euro) steigen. Zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Anfragen gibt es ebenfalls eine negative Korrelation (signifikant zum 5%-Niveau). Die Zahl der Anfragen fällt um 0,68, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen. Auch zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Gruppeninitiativen zeigt sich eine negative Korrelation (signifikant zum 1%-Niveau). Die Zahl der Gruppeninitiativen geht um 1,06 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen.

Die Variablen für die Kalenderjahre zeigen, dass die Abwesenheitsquoten in den Jahren 2011, 2012 und 2013 höher

**Tab. 2**  
**Regressionsergebnisse. Fixe-Effekte-Modell mit heteroskedastizitätsrobusten Standardfehlern**  
**(Huber/White/sandwich-Standardfehler)**

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
	Abwesenheit	Reden	Wortbeiträge	Anfragen	Gruppeninitiativen
Nebeneinkünfte (insgesamt)	0,009 (0,059)	- 0,537 (1,125)	- 0,467* (0,264)	- 3,944** (1,564)	- 6,177*** (2,115)
2010	0,006 (0,007)	6,253*** (0,202)	2,348*** (0,143)	16,378*** (1,116)	22,255*** (1,247)
2011	0,013* (0,008)	7,345*** (0,221)	2,226*** (0,133)	14,643*** (1,082)	21,559*** (1,039)
2012	0,016** (0,008)	7,532*** (0,236)	2,179*** (0,112)	14,422*** (1,063)	20,885*** (0,970)
2013	0,023*** (0,008)	5,448*** (0,207)	1,280*** (0,081)	6,123*** (0,506)	11,198*** (0,548)
Beobachtungen	3.131	3.131	3.131	3.131	3.131
Anzahl n	652	652	652	652	652
R <sup>2</sup> within	0,00624	0,454	0,192	0,204	0,315
R <sup>2</sup> between	0,00479	0,00400	0,00751	0,0143	0,0253
R <sup>2</sup> overall	0,00331	0,225	0,0802	0,0611	0,125

2010 bis 2013 sind fixe Effekte für die Kalenderjahre (Referenzkategorie: 2009). – Robuste Standardfehler in Klammern. – Robuste Standardfehler in Klammern. – \*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

waren als im Jahr 2009 (Referenzkategorie). Für Reden, Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen lagen die Werte insbesondere in den Jahren 2010 bis 2012 höher als 2009, da die Jahre 2010 bis 2012 die einzigen vollen Kalenderjahre der Legislaturperiode waren.

Warum sind Nebeneinkünfte (negativ) korreliert mit der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen, aber nicht signifikant korreliert mit der Abwesenheitsquote und der Zahl der Reden? Es ist möglich, dass Abgeordnete mit Nebeneinkünften die Zeit reduzieren, die sie auf parlamentarische Arbeit verwenden. Dabei könnten Abgeordnete mit Nebeneinkünften weniger wichtige und/oder weniger sichtbare Aktivitäten, wie bspw. Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen reduzieren. Die Abgeordneten vermeiden hingegen das Reduzieren von stärker sichtbaren Aktivitäten wie der Anwesenheit und der Zahl der Reden.

Wir haben auch Regressionen separat für die einzelnen Parteien durchgeführt. Für CDU/CSU, die FDP und die Grünen zeigen die Ergebnisse nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit oder der Aktivität im Parlament korreliert sind. Für die SPD zeigt sich eine signifikant negative Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge und ebenso zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Anfragen. Die Zahl der Wortbeiträge geht um 0,11 zurück, und die Zahl der Anfragen geht um 0,61 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen (18 315 Euro). Bei der Linkspartei zeigt sich eine signifikant positive Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Abwesenheitsquote und auch zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Reden. Die Abwesen-

heitsquote steigt um 0,03 und die Zahl der Reden um 0,71, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen (4 284 Euro). Die Nebeneinkünfte erweisen sich nicht als statistisch signifikant, wenn wir die Gruppeninitiativen der Abgeordneten der einzelnen Parteien als abhängige Variable nutzen.<sup>5</sup>

### Schlussfolgerungen

Wir haben untersucht, ob Nebeneinkünfte von Abgeordneten mit höherer Abwesenheit und weniger Aktivität im Bundestag einhergingen. Verwendet haben wir Daten der 17. Legislaturperiode des deutschen Bundestages (2009–2013). Die Ergebnisse zeigen nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit und der Zahl der Reden korrelieren. Nebeneinkünfte sind jedoch negativ mit der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen korreliert.

Unsere Ergebnisse können eine Studie zu Italien nicht bestätigen, wo hohe Nebeneinkünfte von Abgeordneten mit

<sup>5</sup> Unsere Ergebnisse sind zurückhaltend zu interpretieren. Da wir Fixe-Effekte-Modelle nutzen, wird der Effekt der Nebeneinkünfte auf die Aktivität im Bundestag durch jene Abgeordneten identifiziert, deren Nebeneinkünfte über die einzelnen Jahre variieren. Über 75% der Abgeordneten haben keine Nebeneinkünfte. Viele der Abgeordneten mit Nebeneinkünften verdienen jedes Jahr denselben Betrag. Abgeordnete ohne Nebeneinkünfte oder mit konstanten Nebeneinkünften tragen nicht direkt zur Identifizierung des Effekts bei. Wenn wir parteispezifische Regressionen betrachten, werden sogar noch weniger Fälle betrachtet, und die Identifizierung basiert nur auf einer Handvoll Abgeordneter. Die Variation in den von uns genutzten Daten ist daher klein. Aufgrund neuer und strenger Veröffentlichungspflichten wird die Variation der veröffentlichten Nebeneinkünfte in der Legislaturperiode 2013–2017 vermutlich deutlich höher ausfallen.

höherer Abwesenheit einhergingen. Zu den unterschiedlichen Ergebnissen für Italien und Deutschland sind drei Erklärungen naheliegend.

Erstens unterscheiden sich die Strafen für Nichtteilnahmen an Abstimmungen. In Deutschland wird die Kostenpauschale um bis zu 100 Euro pro verpasster namentlicher Abstimmung gekürzt (vgl. §14 Abgeordnetengesetz).<sup>6</sup> In Italien gibt es solche Kürzungen nicht. Zudem ist das Grundgehalt in Italien höher (vgl. Mause 2014). Somit hingen die Einkünfte von italienischen Abgeordneten auch dann weniger von der Anwesenheit ab, wenn es Strafen für Abwesenheit gäbe. Vermutlich unterscheiden sich die Ergebnisse zwischen Italien und Deutschland, weil die Abgeordneten auf die gesetzlichen Anreize reagieren.

Zweitens könnten Unterschiede in der Parteidisziplin das Verhalten der Abgeordneten beeinflussen. Zwar gilt die Parteidisziplin in Europa, insbesondere in Deutschland, als recht hoch, doch Italien stellt eine Ausnahme dar. So hat bspw. in der Periode 1996–2000 ein Viertel der Abgeordneten im italienischen Parlament mindestens einmal die Partei gewechselt (vgl. Heller und Mershon 2008). Ein Mangel an Parteidisziplin vermag deshalb zu erklären, warum es eine negative Beziehung zwischen Nebeneinkünften und Anwesenheit in Italien gibt: Wenn sich Abgeordnete ihrer Partei gegenüber weniger stark verpflichtet fühlen, fehlen sie eher bei Sitzungen im Parlament und gehen Nebentätigkeiten nach.

Drittens sind Deutschland und Italien durch unterschiedliche politische Kulturen charakterisiert, welche selbstverstärkend sein können (vgl. Beniers und Dur 2007; Hillman und Ursprung 2000). Wenn die Teilnahme an namentlichen Abstimmungen in Deutschland als unentbehrlich gilt, in Italien jedoch durch andere Aktivitäten substituiert werden kann, erscheinen unsere Ergebnisse plausibel. Unterschiede in der politischen Kultur könnten durch Sozialkapital, Vertrauen oder das Rechtssystem erklärt werden (vgl. Boix und Posner 1998; Bjørnskov 2010).

## Literatur

Arnold, F., B. Kauder und N. Potrafke (2014), »Outside earnings, absence, and activity: Evidence from German parliamentarians«, *European Journal of Political Economy* 36, 147–157.

Becker, J., A. Peichl und J. Rincke (2009), »Politicians' outside earnings and electoral competition«, *Public Choice* 140, 379–394.

Beniers, K.J. und R. Dur (2007), »Politicians' motivation, political culture, and electoral competition«, *International Tax and Public Finance* 14, 29–54.

Bernecker, A. (2014), »Do politicians shirk when reelection is certain? Evidence from the German parliament«, *European Journal of Political Economy* 36, 55–70.

Besley, T. (2004), »Paying politicians: Theory and evidence«, *Journal of the European Economic Association* 2, 193–215.

Bjørnskov, C. (2010), »How does social trust lead to better governance? An attempt to separate electoral and bureaucratic mechanisms«, *Public Choice* 144, 323–346.

Boix, C. und D.N. Posner (1998), »Social capital: Explaining its origins and effects on government performance«, *British Journal of Political Science* 28, 686–693.

Caselli, F. und M. Morelli (2004), »Bad politicians«, *Journal of Public Economics* 88, 759–782.

Fedele, A. und P. Naticchioni (2013), »Moonlighting politicians: Motivation matters!«, IZA Discussion Paper 7500.

Fisman, R., N.A. Harmon, E. Kamenica und I. Munk (2013), »Labor supply of politicians«, mimeo.

Gagliarducci, S. und T. Nannicini (2013), »Do better paid politicians perform better? Disentangling incentives from selection«, *Journal of the European Economic Association* 11, 369–398.

Gagliarducci, S., T. Nannicini und P. Naticchioni (2010), »Moonlighting politicians«, *Journal of Public Economics* 94, 688–699.

Gagliarducci, S., T. Nannicini und P. Naticchioni (2011), »Electoral rules and politicians' behavior: A micro test«, *American Economic Journal: Economic Policy* 3, 144–174.

Galasso, V. und T. Nannicini (2011), »Competing on good politicians«, *American Political Science Review* 105, 79–99.

Geys, B. (2014), »Looks good, you're hired? Evidence from extra-parliamentary activities of German parliamentarians«, *German Economic Review*, im Erscheinen.

Geys, B. und K. Mause (2013), »Moonlighting politicians: A survey and research agenda«, *Journal of Legislative Studies* 19, 76–97.

Geys, B. und K. Mause (2014), »Are female legislators different? Exploring sex differences in German MPs' outside interests«, *Parliamentary Affairs*, im Erscheinen.

Heller, W.B. und C. Mershon (2008), »Dealing in discipline: Party switching and legislative voting in the Italian chamber of deputies, 1988–2000«, *American Journal of Political Science* 52, 910–925.

Hillman, A.L. und H.W. Ursprung (2000), »Political culture and economic decline«, *European Journal of Political Economy* 16, 189–213.

Kotakorpi, K. und P. Poutvaara (2011), »Pay for politicians and candidate selection: An empirical analysis«, *Journal of Public Economics* 95, 877–885.

Mause, K. (2009), »Nebentätige Bundestagsabgeordnete: Was offenbaren die Veröffentlichungspflichten?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10, 146–174.

Mause, K. (2014), »Self-serving legislators? An analysis of the salary-setting institutions of 27 EU parliaments«, *Constitutional Political Economy* 25, 154–176.

Messner, M. und M.K. Polborn (2004), »Paying politicians«, *Journal of Public Economics* 88, 2423–2445.

Mocan, N. und D.T. Altindag (2013), »Salaries and work effort: An analysis of the European Union parliamentarians«, *Economic Journal* 123, 1130–1167.

<sup>6</sup> Seit dem Jahr 2014 wird die Kostenpauschale bei Abwesenheit um bis zu 200 Euro gekürzt.